



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/101

Hannover, 23. August 1948

Düsseldorf in Erwartung des Parteitag

Von Ernst Gnoss, Minister für Wiederaufbau von Rheinland-Westfal.

Große mehrtägige Veranstaltungen durchzuführen, ist schon in normalen Zeiten eine organisatorische Leistung gewesen - um wieviel grösser sind heute die Schwierigkeiten. In den bombenzerstörten Städten ist fast alles ein Problem, ob es sich um geeignete Tagungsräume, die Unterbringung der Teilnehmer oder um deren Verpflegung handelt - überall gibt es Schwierigkeiten, deren Überwindung eine Summe an Arbeit erfordert.

Alles das war uns bekannt, als wir dem Parteivorstand den Vorschlag machten, den diesjährigen Parteitag in Düsseldorf abzuhalten, in der Stadt, wo grösste deutsche Industrieunternehmen und Konzerne wie Mannesmann-Röhren, der Stahlwerksverband und viele andere ihre riesigen Verwaltungsgebäude errichteten und die Industrie des Westens steuerten. Das war für uns entscheidend, als wir diesen Vorschlag machten, der dann der Parteivorstand einstimmig zustimmte. Vertrauen verpflichtet - und so sind die Sekretäre des Bezirkes Niederrhein und des Unterbezirkes Düsseldorf mit Unterstützung vieler Funktionäre seit Wochen intensiv mit der Vorbereitung beschäftigt.

Das Tagungslokal ist das ehemalige Planetarium am Rhein, unmittelbar an der wiederhergestellten Rheinbrücke. Früher einmal, seinem Namen entsprechend, mit den neuesten Mitteln der Projektionstechnik der Stern- und Himmelskunde dienend, ist es durch Kriegseinwirkungen völlig ausgebrannt. Die riesige Kuppel wurde zerstört. Inzwischen mit kühner Stahlrohrkonstruktion neu errichtet, krönt seine Spitze ein roter Stern. Innen bietet das riesige Rund heute mehr als dreitausend Menschen in Stuhlreihen Platz und gilt als der zur Zeit grösste Versammlungsraum Westdeutschlands. Vom Estrich bis zur Kuppelspitze ist die Halle 42 m hoch. Hier werden im Parkett die Delegierten und Gäste an Tischen Platz finden, während der riesige Balkon noch rund 500 Zuhörern Platz bietet.

Die Unterbringung der Tagungsteilnehmer ist nicht ganz einfach, denn obwohl Düsseldorf Landeshauptstadt ist, verfügt es bis jetzt nur über wenige wiederhergestellte Hotels. Erstmals wird das neue städtische Gästehaus bei dieser Gelegenheit in Benutzung genommen werden, doch müssen mindestens 800 Teilnehmer in Privatquartieren untergebracht werden. Wenn man bedenkt, dass Düsseldorf zu etwa 50 Prozent zerstört

ist, dann kann man ermesen, welche Schwierigkeiten hier vorhanden sind, und wieviel Mühe mit der Beschaffung von Quartieren verbunden ist. Jedoch: auch darin ist Unmögliches möglich gemacht worden.

Das Problem der Verpflegung verursachte zunächst die meisten Kopfschmerzen, zumal die Nürnberger es im vorigen Jahr so hervorragend gelöst hatten. Aber auch hier sind alle Schwierigkeiten nunmehr behoben. Das Hotelschiff "Kaiser Wilhelm" von der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft hat den grössten Teil übernommen. In seinen Speisehallen finden mehr als vierhundert Personen Platz und seine Kücheneinrichtungen sind ausreichend, um acht- bis neunhundert Personen in zwei Gruppen zu verpflegen. Um Zeit zu sparen, wird das Schiff in unmittelbarer Nähe des Planetariums vor Anker gelegt, und so ist die Tagesverpflegung gesichert, an der sich auch das neue Restaurant im Planetarium beteiligt.

Die mehr als zehntausend Düsseldorfer Parteimitglieder rechnen es sich zur Ehre an, und der gesamte Bezirk Niederrhein wird mit Unterstützung der Nachbarbezirke dafür sorgen, dass am 11. September durch eine internationale Massenkundgebung auf der Jägerhof-Reithalle dem Parteitag ein politisch bedeutsamer und würdiger Auftakt gegeben wird.
(ths/238/2/ha)

----- Dewey führt mit Abstand

sp. In knapp drei Monaten steigt die Wahl des neuen USA-Präsidenten. Eine Umfrage der angesehenen Wochenschrift "Fortune" über die Aussichten der wichtigsten Kandidaten zieht Gouverneur Dewey, den Kandidaten der Republikanischen Partei, klar in Führung vor Präsident Truman als Vertreter der Demokratischen Partei. Für Dewey stimmten bei der Rundfrage 46,3 Prozent, für Truman 31,5 Prozent. Henry Wallace als Kandidat der Fortschrittlichen Partei, brachte es nur auf drei Prozent. Der Rest der Befragten enthielt sich einer Meinung.

Interessant ist die Begründung, die von den Befragten über ihre Einstellung gegeben wurde. Die sich für Dewey entschieden, erklärten dies damit, dass er ein guter Gouverneur gewesen sei, dass man einen Wechsel in der Regierung wünsche, dass man Truman nicht so gern sehe wie Dewey, dass er talentierter, aggressiver, intelligenter, geradliniger, jünger und ein Republikaner sei. Man sieht in ihm also mehr den Mann als sein politisches Ziel. Trumans "Wähler" waren der Ansicht, dass es jetzt falsch sei, einen Wechsel vorzunehmen und unterstützten ihn, weil er Demokrat sei, weil er für den Arbeiter und den kleinen Mann eingenommen sei, weil man ihm eine Chance geben müsse, sein Werk fortzusetzen, weil er wohlmeinend sei, weil sie eine neue Depression befürchteten, wenn die Republikaner ans Ruder kämen, weil er den Roosevelt'schen Traditionen gefolgt sei und weil sie sein Programm der bürgerlichen Rechte bejahten. Trumans Anhänger treten also in erster Linie für sein Programm, nicht für seine Person ein. Daraus zieht man in politischen Kreisen der USA den Schluss, dass Truman noch reelle Chancen hat, am 2. November das Rennen zu machen. (m/B23/238/2/ha)

Einmal massgebende rumänische Politiker haben kürzlich im Staatsdepartement in Washington vorgesprochen und auf die angeblich unmittelbar drohende Gefahr einer Annexion Rumäniens durch die Sowjetunion hingewiesen. Der folgende Bericht unseres Ost-Mitarbeiters wird aus diesem Anlass besonders interessieren.

Der Weg Rumäniens

Von unserem A.W.-Mitarbeiter für Ostfragen

Rumänien ist die "Volksdemokratie", in der sich die Kommunisten wohl am wenigsten den Kräften messen einer freien, demokratischen Wahl aussetzen könnten. Trotz stärkster Unterstützung durch die Sowjets im Lande und rücksichtslosem Einsatz aller Propagandamittel, auch des Staates, hat die Kommunistische Partei erst eine Stärke von etwa 300.000 Mitgliedern erreicht, was bei einer Bevölkerungszahl von über 16 Millionen gerade 5 Prozent ausmacht. Rumänien ist ein bäuerliches Land, die Bauern bilden vier Fünftel seiner Bevölkerung, und wenn sie meist auch nicht viel Land besitzen, so ist ihre Mentalität im Grunde doch konservativ. So waren den Kommunisten zunächst nur die Industriearbeiter zugänglich, die aber nur ein Zehntel der Bevölkerung ausmachen und in die sie sich noch mit den Sozialdemokraten teilen mussten. Wichtigste Aufgabe der Kommunisten musste es also sein, nachdem sie von den Sowjets in den viel zu schmalen Sattel gehoben waren, sich die "Hilfe" der Sozialdemokraten zu sichern.

Es wurde also Anfang März dieses Jahres eine Einheitspartei mit dem Namen "Arbeiterpartei" geschaffen, in deren Zentralkomitee vier Sozialisten, neun Kommunisten gegenüber sitzen. Diese Arbeiterpartei verfügt nun über die gesamte politische Macht in der Republik. Die Bildung einer "Front der Volksdemokratie" gab weiter die Möglichkeit, sich die Unterstützung der stärksten anderen Parteien nach deren gründlicher Säuberung zu sichern. Zu dieser Front gehören neben der Arbeiterpartei in erster Linie die Landwirte, dann die Nationale Volkspartei und schliesslich die Ungarische Volksunion, zu der sich die ungarische Minderheit Siebenbürgens zusammengeschlossen hat. Neben diesem Regierungsblock, der natürlich eine Einheitsliste zu den Wahlen aufstellte, waren keine Oppositionsparteien zugelassen, deren Bedeutungslosigkeit sich daraus ergibt, dass sie nur etwa sieben Prozent der Stimmen erhielten.

Das Programm der Arbeiterpartei unterscheidet sich in nichts von dem der Kommunisten. Die Verstaatlichung der Industrie- und Bergbau-Betriebe, der Banken, Versicherungsgesellschaften und des Transportwesens wurde verwirklicht. Hierzu wurde der Bund der Erdölindustriellen, dessen Funktionen schon vorher durch die Einsetzung eines

Staatskommissars stark eingeschränkt worden wären, aufgelöst. Um allen Forderungen der Planwirtschaft gerecht werden zu können, wird der Verwaltungsapparat ständig vergrößert. So wurden jetzt zentrale staatliche Industrieverwaltungen geschaffen, die als Vollzugsorgane der betreffenden Ministerien dafür sorgen sollen, dass alle Produktionskräfte richtig ausgenutzt und die zweckmässigsten technischen Methoden angewandt werden. Die Landreform wird vor allem durch die immer zahlreicher werdenden Landwirtschaftlichen Versorgungs-genossenschaften vorwärts getrieben. Der noch nicht aufgeteilte Grossgrundbesitz wird in Staatsgüter umgewandelt. Eine im vorigen Jahr durchgeführte Währungsreform hat nicht die schlechte Wirtschaftslage ändern können.

Die vorgesehene Schulreform wurde inzwischen zum Abschluss gebracht. Hier hatte Rumänien es leichter als die anderen Balkanländer, in denen die katholische Kirche ihren Einfluss auf die Kindererziehung hartnäckig verteidigt. Die orthodoxe Kirche hat den Kampf aufgegeben und beugt sich, genau wie in Russland, mit der Rolle, die ihr der Totalitätsanspruch der Kommunistischen Partei einräumt. Die Linie der Aussenpolitik schliesslich, die die Partei verfolgt, ist durch die Person des diese bestimmenden Aussenministers Anna Pauker hinreichend charakterisiert. Sie ist eine fanatische Anhängerin des Moskauer Zentralismus und hat zum Beispiel jede Gelegenheit wahrgenommen, im Streit Kominform gegen Tito gegen diesen in schärfster Weise Stellung zu nehmen, und auch auf der Belgrader Donaukonferenz war sie Wyschinskis treueste Stütze.

Dass es der Arbeiterpartei in absehbarer Zeit gelingt, sich zu einer breiten Volksbewegung zu entwickeln, ist sehr fraglich. Ein Weg hierzu wäre die starke Industrialisierung des Landes, die die Regierung auch in Angriff nehmen will. Einstweilen antwortet die Masse des Volkes auf diese neue Vergewaltigung seiner nationalen Freiheit mit Gleichgültigkeit. Die Ausbeutung des Landes ist zu stark und zu offenkündig, als dass der Rumäne für dieses System Verständnis haben könnte. In dieser Einstellung wird auch die inzwischen erfolgte Verringerung der Reparationslasten, von der sich die Kommunisten viel versprechen, wenig ändern.

Ruhrkontrolle, Demontage, Preisstop

-s., Düsseldorf

Am 27. August werden die Generale Clay und Robertson in Düsseldorf eine Unterredung mit Vertretern des DGB haben. Über das hier brennendste Problem, das Schicksal des vom Landtag angenommenen Sozialisierungs-gesetzes, soll nicht gesprochen werden, da General Clay der Meinung ist, dass die Sozialisierung keine Angelegenheit sei, über die ein Länderparlament entscheiden könne.

Trotz dieser Beschränkung des Unterhaltungsstoffes wird es viele andere und nicht minder wichtige Fragen geben. So die Entwicklung, die das Verhältnis von Preisen und Löhnen immer mehr zu Ungunsten der Löhne bestimmt und die Frage der Aufhebung des Lohnstops brennend macht. Die DGB hat Gelegenheit gehabt, umfangreiches statistisches Material

zu sammeln, um nachweisen zu können, wie unhaltbar die bisherige Lohnpolitik, über die in letzter Instanz die Alliierten zu entscheiden haben, geworden ist. Die Spanne zwischen Preisen und Löhnen muss verringert werden.

Da ist weiter die Frage der Demontagen, die für das Industriegebiet nicht weniger wichtig als für ganz Deutschland und Europa ist. Kaum eine zweite deutsche Institution kann den Generalen die Notwendigkeit des Demontagestopps besser demonstrieren als der DGB. Sein Vorsitzender Böckler hatte erst vor wenigen Wochen in London auf den Widerspruch hingewiesen, auf der einen Seite von Deutschland einen erheblichen Anteil an der europäischen Wiederaufbauarbeit zu verlangen und auf der anderen dem Lande durch unverständliche Demontagen die Möglichkeiten dafür zu nehmen. Es ist zwar unrichtig, dass (wie Reuters Korrespondent meldete) Böckler die alliierte Demontagepolitik als "verbrecherischen Wahnsinn" abgelehnt hat - "mir liegen solche starken Ausdrücke nicht", meinte er - aber dass die wirtschaftlicher Unsinn und nur aus gewissen Konkurrenzgründen erklärbar sind, kann kaum bestritten werden. Man kann zum Beispiel von den Bergarbeitern keine Steigerung der Förderung verlangen und zugleich dem Bergbau die technischen Möglichkeiten dafür vorenthalten. Schon in normalen Zeiten erforderte der Ruhrbergbau einen durchschnittlichen Verbrauch an Stahl und Eisen von 5 kg je Tonne Kohlenförderung. Heute sind ihm knapp zwei zugebilligt, obwohl während des ganzen Krieges die Maschinenanlagen nur notdürftig repariert oder erneuert werden konnten und gegenwärtig der Mehrbedarf an Stahl und Eisen ganz erheblich über dem normalen Durchschnitt liegt. Die Sachverständigen rechnen für die nächsten Jahre mit einer Mindest-erhöhung des Stahl-Eisenbedarfs um das Vierfache und der Notwendigkeit sehr beträchtlicher Leistungssteigerung der einschlägigen Maschinenindustrie, die zum Teil heute auf der Demontageliste steht.

Wenn wir recht unterrichtet sind, besitzt der DGB auch hinreichend Material über Form und Inhalt einer zukünftigen Ruhrkontrolle, die weder die Interessen der Siegermächte beeinträchtigt, noch die Interessen Deutschlands und der Ruhr soweit verletzt, dass ein gedeihliches Zusammenarbeiten unmöglich gemacht wird. Die Bevölkerung an Ruhr und Rhein ist am unmittelbarsten an diesem Problem interessiert, dessen Lösung ganz entscheidend zu einer dauerhaften Befriedung Westeuropas beitragen kann.

Ruhrkontrolle, Demontage und Lohn-Preisproblem sind die drei Kardinalfragen, um die sich die Wirtschaftspolitik im Westen dreht. Vieles andere kommt hinzu und die Generale werden hinreichend Gelegenheit haben, die gewerkschaftlichen Nöte des Augenblicks kennen zu lernen. Es ist dringend zu wünschen, dass die Ansichten des DGB nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern ihren Niederschlag in spürbaren Entscheidungen finden.

Dr. Baumgartner als Schmuser. x)

sp. Die Parole "Preussen hinaus!" zieht nicht mehr, seit die D-Mark auch die rauhe Höflichkeit der bayerischen Fremdenindustrie entzortet hat. Denn "pecunia non olet" oder "D-Mark stinkt net", wie die Bayern heute sagen würden, auch wenn sie von einem Preussen stammt. Das weiss der oberbayerische Hotelier, der vor leeren Fremdenbetten steht und darauf muss auch Dr. Baumgartner, Vorsitzender der Bayernpartei, Rücksicht nehmen. Es fällt ihm ersichtlich schwer, dann der Schwur auf die blau-weiße Fahne verpflichtet zum Schimpfen auf die Preussen, so glaubt man wenigstens, und darum zieht sich nun Baumgartner mit einem leichten Odeur von Leichenschändung aus der selbst gezogenen Schlinge. Er schimpft jetzt nicht mehr auf die lebenden Preussen, denn die könnten das übel nehmen und ihre D-Mark beleidigt in den Harz tragen, aber die toten Preussen, die haben weder D-Mark, noch können sie sich revanchieren und bieten somit ein ungefährliches Objekt in der Agitation. Es sind also nicht mehr die Preussen von heute, sondern die von 1864, 1866 (eine spezielle Lanze für Habsburg) und besonders die von 1871, die schuld sind an dem jetzigen Unglück Bayerns. Wenigstens behauptete das Dr. Baumgartner auf einer Kundgebung in Bamberg. Von den lebenden Preussen sind es nur noch "einige norddeutsche Journalisten", die es Dr. Baumgartner angetan haben. Mit ihnen hofft er fertig zu werden, welche Absicht er mit dem Satz verband: "Wir werden dafür sorgen, dass Bayern eine bayerische Presse bekommt." Demnach hat Baumgartner bereits die fünfte Kolonne der Preussen in seinem "vierzehnhundertjährigen Bayern", welcher Staat nach demselben Autor schon existiert haben soll, "noch ehe es eine französische oder deutsche Nation gegeben hat". Solche harmlose, das bayerische Nationalgefühl sicherlich warm ansprechende Ausflüge in die Geschichte werden gewiss keinen lebenden Preussen davon abhalten, sein Geld nach Bayern zu tragen, zumal selbst die Bayernpartei ihrer Fremdenfeindlichkeit abgeschworen hat, oder, wie es Baumgartner sagte: "Wir werden den Fremdenverkehr fördern". Das war in der mit urbayerischer Lautstärke in Franken vorgetragenen Rede eine der wenigen Stellen, die von der mehr neugierig als begeistert lauschenden Zuschauermenge mit Beifall bedacht wurde. Die Matrona Bavariae, deren Sogen Baumgartner zum Schluss der Kundgebung auf die Versammelten und auf ein "freies Bayern" herabflehte, wird ihre helle Treude haben über die Wandlung des Vorsitzenden der Bayernpartei, der nun im Zeichen der D-Mark zum eifrigen Fremdenverkehrswerber geworden ist. (m/2/238/2/he)

x) (Erläuterung für Ausländer: Als Schmuser wird in Oberbayern der gewerbemässige Heiratswerber bezeichnet, der bei solchen Gelegenheiten auch andere Geschäfte, wie Viehkäufe, den Wechsel von Realitätsbesitz u.s.w. gegen Entschädigung vermittelt.)

CSU-Stimmen gegen Professor Erhard

sp. "Es kann von niemandem verstanden werden, dass die Preisvorschriften so weitgehend aufgehoben und die Preisüberwachung insoweit lahmgelagt wurde..." Dieser Satz stammt nicht aus einer SPD-Rede oder aus einem SPD-Aufsatz, sondern aus dem "Zweiten Bericht über die Preis- und Marktbeobachtung nach der Währungsreform, zugleich Monatsbericht für Juli 1948", geschrieben vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft - Preisbildungsstelle - unter Aktenzeichen Nr. Fr., A 4 d 2 - 5/48 Dr. Ha./Ob. vom 27.7.48 und adressiert an die Verwaltung für Wirtschaft - Preisermeldestelle - in Frankfurt/Main. Ein CSU-Ministerium desavouiert also die bizonale Institution, die ihre Preispolitik auf die CSU-Mehrheit im Frankfurter Wirtschaftsrat stützt. Wir entnehmen diesem Schreiben noch folgende weitere Sätze:

"Nicht nur in den grösseren Städten, sondern auch auf dem Lande macht sich überall die Tendenz bemerkbar, die Preise zu erhöhen und, befreit von den Fesseln der Preisvorschriften, nach dem Ausmass des Bedarfs und dem Umfang des Mangels die Preise zu verlangen, die sich jeweils gerade noch erzielen lassen. Das in der freien Wirtschaft bestehende Gesetz, wonach Angebot und Nachfrage den Preis regeln, wirkt sich nunmehr uneingeschränkt und ohne die durch das öffentliche Interesse bisher gezogenen Grenzen der Preisvorschriften hemmungslos aus. Am meisten gefragt und damit der Preissteigerung am meisten ausgesetzt, sind die Artikel, die der Verbraucher am längsten hat entbehren müssen. Die Stimmung in der Bevölkerung ist über diese Entwicklung sehr erobert. Bei den Preisbehörden war noch niemals eine solche Nachfrage nach dem Einschreiten der Preisbehörden wie jetzt in einem Zeitpunkt, in dem die Befugnisse der Preisbehörden zu einem Einschreiten weitgehend unterburden worden sind.

Es kann von niemandem verstanden werden, dass die Preisvorschriften so weitgehend aufgehoben und die Preisüberwachung insoweit lahmgelagt wurde. Die Bevölkerung ist umso unghaltener über diese Entwicklung, weil sie das Gefühl hat, dass sie wieder einmal getäuscht worden ist. Nachdem in wiederholten Verlautbarungen immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass die Lockerung der staatlichen Preislenkung eine Preisermässigung zur Folge haben werde, glaubt ein grosser Teil der Bevölkerung nun nicht mehr an die Ehrlichkeit der Frankfurter Verlautbarungen. Es wird hier immer wieder auf die Eierpreisentwicklung hingewiesen. Es hat besonders böses Blut gemacht, dass dabei auf die angeblich "guten Erfahrungen", die mit der Freigabe des Gemüses gemacht wurden, hingewiesen wurde; denn jeder weiss, dass die bisherige Ausgeglichenheit in den Preisen für Massengemüse in erster Linie dem jahreszeitlich starken Gemüseanfall zu verdanken ist. Es muss aber zu denken geben, dass auch während der Zeit des stärksten Gemüseanfalls die Preise für die Feingemüsesorten, losgelöst von den Bindungen an die Preisvorschriften, sofort bis zum Doppelten der zu sich zulässigen Preise gestiegen sind."

Verantwortlich: Peter Raunau